



## Wahlprüfsteine zur bayerischen Landtagswahl 2008

### 1. Setzt sich Ihre Partei für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ein?

- ja  
 nein

Begründung:

Der von der rot-grünen Regierung mit der Atomlobby ausgehandelte so genannte Atomausstieg verdient den Namen nicht. Er bedeutet schlicht eine Sicherung des Betriebs der Atommeiler in den nächsten 20 Jahren – und wo möglich darüber hinaus. Doch selbst diese Begrenzung will die CSU aushebeln. Sie schürt die Ängste vor einer vermeintlichen Energielücke und macht den Klimaschutz zum Vehikel für die Atomlobby.

Zahlreiche bedrohliche Störfälle auch in deutschen Atomanlagen haben gezeigt, dass die Energieerzeugung durch Kernspaltung nicht zu beherrschen ist. Hinzu kommen Gefahren durch Zwischenlagerung, Wiederaufbereitung, Atommüll-Transporte und die völlig ungelöste Frage der Endlagerung.

DIE LINKE fordert einen beschleunigten und konsequenten Ausstieg aus der Atomenergienutzung. Die zukünftige Energieversorgung basiert auf dem cleveren Umgang mit Energie. Halbieren wir den Verbrauch bei Strom, Wärme und Kraftstoffen, kann der verbleibende Bedarf mit den erneuerbaren Energien gedeckt werden.

Der Ausstieg aus Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne Energiemanagementsysteme profilieren.

Die zusätzlichen Vorteile der Energiewende liegen auf der Hand: geringere Importabhängigkeit bei fossilen und nuklearen Brennstoffen, mehr wirtschaftliche Wertschöpfung in Deutschland und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Geopolitisch wäre eine Abkehr von der fossil-nuklearen Energieversorgung ein wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung. (*DIE LINKE Landtagswahlprogramm „Klima- und Energiepolitik“*)

### 2. Setzt sich Ihre Partei für einen Neubau von Atomkraftwerken ein?

- ja  
 nein

Begründung:

Abgesehen von möglichen Störfällen, den Gefahren bei Transporten und Zwischenlagerung sowie der ungelösten Endlagerproblematik gibt es inzwischen weitere Gefahren: Die Tatsache, dass eine ganze Reihe von AKW's einen Terrorangriff mit Großraumflugzeugen nicht standhalten könnten, ist inzwischen bekannt. Vorschläge zur Gefahrenabwehr, wie die Stationierung von Boden -Luft-Raketen rund um AKW's oder eine mögliche Vernebelung bei Gefahr sind hanebüchen. Die Antwort kann nur keinerlei Neubauten und schnellstmögliche Abschaltung aller AKW's sein.

Hinzu kommt: Wer hochriskante Dinosaurier-Technologien als Zukunftsoptionen verkauft, gefährdet schon mittelfristig den Standort Deutschland. Wird die längst überfällige Energiewende hin zu Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme durch neue Atomphantasien ausgebremst, so begibt sich die Bundesrepublik in eine sich verschärfende Abhängigkeit von ausländischen Energierohstoffen.

Zudem ist auch der Rohstoff Uran endlich.

Die derzeitige Lage wird durch das Ende der sogenannten Sekundärfunde bis 2023 erheblich verschärft werden. Sollten mehr AKWs weltweit ans Netz, wie in einigen Ländern propagiert (u.a. China und Indien), sinkt die Verfügbarkeit dementsprechend auf 20 oder 30 Jahre. Die Atomwirtschaft ist also eine Sackgasse.

**3. Setzt sich Ihre Partei für die Agro-Gentechnik ein?**

ja  
 nein

Begründung:

Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, die nicht gebraucht wird und deren Anwendung unbedingt verhindert werden muss. Der behauptete Nutzen steht in keinem vertretbaren Verhältnis zu den ökologischen und gesundheitlichen Risiken transgener Organismen.

DIE LINKE Bayern lehnt die Agro-Gentechnik und Patente auf Lebewesen ab. Die Agro-Gentechnik würde zu einer extremen Abhängigkeit der Bauern von den global agierenden Chemie- und Pharmakonzernen führen, für die Profit und Marktmacht im Vordergrund stehen. Horrende Lizenzgebühren würden nicht nur von den Nutzern des patentierten Saatgutes verlangt, sondern auch von Bauern, deren Felder durch Auskreuzung kontaminiert wurden. Ein weiterer Schritt zur globalen Beherrschung des Ernährungssektors ist die von den Chemie- und Pharmakonzernen forcierte Patentierung von Schweine-Genen.

Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen wirksamen Schutz für die agro-gentechnikfreie Landwirtschaft. Die Interessen der Nichtanwender und Imker müssen geschützt werden.

*(DIE LINKE Landtagswahlprogramm „Für einen ökologisch orientierten Landbau - gegen Gentechnik“)*

**4. Setzt sich Ihre Partei für eine gentechnikfreie bayerische Landwirtschaft ein?  
Falls ja: Mit welchen Maßnahmen möchte sie dies erreichen?**

ja  
 nein

Begründung:

DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein, die regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert. Die LINKE in Bayern lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir brauchen weder Genmais auf unseren Äckern, noch Gensoja in den Futtertrögen unserer Milchkühe. Wir unterstützen basisdemokratische Proteste und die Einrichtung von gentechnikfreien Regionen oder Kommunen. Diese müssen weitergeführt werden zu einem gentechnikfreien Bayern. Hier ist der künftige Landtag gefordert. Erste Schritte dazu sind: Keine Steuermittel für riskante Freisetzungsversuche. Kein Anbau von Genmais auf bayrischen Staatsgütern. Stattdessen muss die konventionelle und die ökologische Forschung gestärkt werden. Wir brauchen regionale Lösungen und nicht internationale Laborpflanzen, die nur zur Profitmaximierung weniger Konzerne dienen.

**5. Setzt sich Ihre Partei für den Anbau von Pflanzen für die Energieproduktion ein?**

ja  
 nein

Begründung:

In ihrem Wahlprogramm fordert DIE LINKE „die Ausweitung von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe nur in einem vernünftigen Maß auf lokaler Ebene.“  
Diese doppelte Einschränkung macht die differenzierte Haltung zu diesem Thema sichtbar. Einerseits gibt es Möglichkeiten zur Nutzung von Agro-Kraftstoffen im lokalen Rahmen oder landwirtschaftlichen Kreisläufen. Andererseits ist die Pflanzennutzung als Kraftstoff problematisch und andere Formen der Agro-Energie weitaus sinnvoller. Nachwachsende, biologische Energieträger stehen meist in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Dieses Verhältnis muss verantwortungsbewusst ausbalanciert werden. Wenn es den Marktkräften überlassen bleibt führt es zum Raubbau und zur Zerstörung der Umwelt und der menschlichen Lebensgrundlagen, wie wir dies gegenwärtig drastisch erleben.

**Bitte bis 19.08.08 per E-Mail zurück an: [info@umweltinstitut.org](mailto:info@umweltinstitut.org)**